

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
10 (1896)

89 (16.4.1896)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-223279](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-223279)

formieren, daß ohne Konvertierung, ja vorüber-
gehender Konvertierung zahlreiche Millionen deutschen
Kapitals in Mexiko, Argentinien, Italien, Australien
und anderen für wenig sicheren
Staats- und Eisenbahnpapieren angelegt wurden.
Wenn die „W. Jg.“ ihren Warnungsruf
gegen die Konvertierung aus mit der 25fachen
Ueberschätzung der chinesischen Anleihe zu be-
gründen sucht, so muß man fragen, wen sie
denn täuschen will. Jedermann weiß doch, daß
eine solche Ueberschätzung ein bei jeder größeren
Anleiheausnahme des Geldmarktes üblicher
Spekulationsfaktor ist. Da die „W. Jg.“ auf
die Tücken rechnet, hätte sie sich doch besänftigt
an der Auswanderung des deutschen Kapitals
an die Land malen können. Das hätte dann
gleich mit dem ökonomischen und französischen
Kapital nach einer mühen Seidewand aus-
wandern können, wo die Kultur noch nicht so
weit vorgeschritten ist, daß man an Einkommens-
Bermögenssteuern und Konvertierungen denkt. —
Der Hofadovsky kann ganz ruhig sein; wenn er
den Rückgang konvertiert, wird ihm kein
Stück derselben übrig bleiben. Die Konvertierungs-
anleihe wird so genau überzeichnet werden, wie
die chinesische.

**Interessante Einzelheiten von der Reichstags-
wahl in Ostbavaria-Burg** theilt die „Germania“
aus Dissen mit, wo bei der letzten Wahl jene
bekannteren wählfähigen Vorstände, die
die Hauptversammlung zur Langfristbestimmung
der Wahl waren. 1893 erzielten in Dissen:
a) bei der Hauptwahl: Bamhoff 341, v. Scheele
2, Dr. Barth 28, Babel 16 und Dr. König
4 Stimmen; b) bei der Stichwahl: Bamhoff
571, v. Scheele 2 Stimmen. Und nun 1896
bei der jüngsten Wahl: Bamhoff 201, v. Scheele
36, Widmer 76, Schröder 106 Stimmen.
„Jahres berichten“, und die „Germania“ ist
deshalb begierig darauf, zu erfahren, wie die
nationalliberalen Wähler diesen Beweis einer
früheren Wahlhalsung in Dissen, die übrigens
gerichtlich nachgewiesen worden ist, zu entkräften
suchen werden. Durch das Urteil des Land-
gerichts Coblenz ist die Wahlhalsung freilich
nur in 16 Fällen festgestellt, in denen Personen,
welche nicht gewählt haben, als Wähler gezählt
sind. Eine Mehrzahl von Stimmen für
v. Scheele ist nicht als erwiesen angesehen,
obwohl neun Zeugen ihre Stimmabgabe für
v. Scheele bekundet haben, und der von Zeugen
Freze befandete Vorfall mit den 150 bei der
1893er Wahl in die Wahlurnen geworfenen
Wahlzetteln ist an sich als unmaßgeblich
und wegen der Unzuverlässigkeit der Zeugen
als unerwiesen erachtet. Der unter Auflage
gestellte Wahlprüfungs-Bericht ist freige-
sprochen. Freilich ist er später wegen Festnahme
des mit der Sammlung von Zeugnissen über
die Wahlhalsung beauftragten Reinerdmann
zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt; die Strafe
ist jedoch nicht vollstreckt, weil ein Begnadigungs-
gesuch eingereicht ist. Keinem der anderen Mit-
glieder des Wahlvorstandes ist etwas Unan-
genehmes begegnet; der Protokollführer ist viel-
mehr für die gegenwärtige Wahl als Wahlvor-
steher ernannt worden. Das vorherige Wahl-
vorstandsmittglied Brinkmann, der sich nicht
mehr verteidigen kann, scheint als der Sünden-
bock für Alles hingestellt zu werden. Tagesgen
ist in dem von der Wahlprüfungskommission
des Reichstages über die Bamhoff'sche Wahl
erstatteten Bericht ausgesprochen: „Somit erweist
sich auch das Wahlprotokoll als gefälscht.“
Andererseits weisen die Thatsachen, zusammen-
gehalten mit den Funktionen, welche den ein-
zelnen Mitgliedern des Wahlvorstandes bei der
Wahl oblagen, mit Rücksicht auf die
Beteiligung Mehrerer hin. Das Resultat der
nachgemieteten formellen und materiellen Fäl-
schungen ist: daß die vom Gesetz vorgeschriebene
Befragung der Wahl allen Glauben verloren
hat, und die Richtigkeit der Stimmabgabe mit

571 Stimmen für Bamhoff und 2 Stimmen
für v. Scheele in einem nicht zu erfennenden
Umfange in Frage gestellt ist. „Wie wird
nun diese Wahlhalsung und das, was ihr
folgte, durch das jetzige Wahlergebnis illustriert?“
fragt das ultramontane Blatt und antwortet:
„Es ist eine bitterböse Antwort darauf seitens
Derjenigen, welche der Sache am nächsten
stehen. Nicht die Zahlen und die Rückschlüsse
aus ihnen auf die Größe der Wahlschlüsse,
Wahlhalsung und dabei das Bedeutende,
sondern der Umstand, daß fast 100 Stimmen
im Jahre 1893 namentlich 106 Stimmen für
den Sozialdemokraten in Dissen abgegeben sind;
während die sozialdemokratischen Stimmen im
übrigen Wahlkreis nicht gewachsen, sondern
zurückgegangen sind. Ja, wenn solch freies
Unrecht vorkommen kann und in der bestehenden
Staatsordnung seine Sühne nicht findet, da
dabei es nicht Wunder nehmen, wenn Manche
sich von der bestehenden Staatsordnung abwenden
oder wenigstens ihrer Mißachtung über das
Borgekommene den schärfsten Ausdruck in der
Stimmabgabe für die Sozialdemokratie geben.“
— Die „Germania“ bemerkt offenbar gar nicht,
welch ein Kompliment sie damit der Sozial-
demokratie macht. Aber Tatsache ist, daß
weite Volksschichten immer mehr in der Sozial-
politik die alleinige Vertreterin der Gerechtigkeit
sehen.

**Das Institut der weiblichen Fabrik-
inspektoren**, wie es in England besteht, ist in der
Reichstags-Sitzung vom 12. Februar d. J. vom
preussischen Handelsminister als ein „gering-
fügiges“, mit welchem man keine aus-
führungen gemacht habe, bezeichnet worden.
Der Minister bezog sich bei dieser Aeußerung
auf den Bericht einer preussischen Ministerial-
kommission, die das weibliche Fabrikinspekto-
rat in England zu „studieren“ hatte. Jetzt geht
einem Mitarbeiter der „Sozialen Praxis“ ein
Schreiben von Sir Charles Dilke zu, das den
Bericht jener Kommission in's richtige Licht stellt.
Das Schreiben lautet: „Die Kommission weiß
über die weiblichen Fabrikinspektoren in Eng-
land auffallend schlecht unterrichtet worden sein
(„must have been strangely misinformed“).
Sowohl der frühere, wie der gegenwärtige
Staatssekretär des Innern haben beide kon-
statirt, daß die Einführung des Systems von
Anfang an als ein Erfolg zu betrachten war,
und daß dieser Erfolg andauert. Auch ist bin-
niger, daß weder der gegenwärtige Staatssekretär
noch der gegenwärtige General-Gewerbeinspekto-
r irgend eine Kränkung in abnehmender Richtung
gethan haben.“ Sir Dilke bemerkt, daß nach
Anhalt der Verhältnisse das System sich be-
währt hat, liegt in seiner Ausdehnung. Weib-
liche Fabrikinspektoren werden fortgesetzt neu
ernannt, und im Parlament stimmen Vertreter
des Unternehmers wie des Arbeiterstandes mit
den Oberbeamten in ihrem Glauben an dieses
System überein. — Kann nicht etwas ge-
schehen, um dieser einigermaßen ungeheuerlichen Rund-
machung in Deutschland entgegenzuwirken?
Dies wird, sagt die „Soz. Praxis“ hinzu,
am besten durch Veröffentlichung nachstehender Zeilen
bewirkt werden können.

**Besondere Gewerbegerichte für Handlung-
gehilfen.** Das preussische Handelsministerium
hat die Handelskammern angewiesen, eine Ver-
nehmung der Beteiligten über die Errichtung
von Schiedsgerichten für die Angelegenheiten des
Handelslandes zu veranlassen, auch Vorschläge
für die Organisation der Schiedsgerichte zu
machen. Bekanntlich wird von den Handlung-
gehilfen die Unterstellung unter die allgemeinen
Gewerbegerichte gefordert.

Prosch Dinge und Genossen. Gegen 56
Berliner Parteigenossen des zweiten Wahlkreises,
die vor wenigen Wochen im Meibauer Hof
sitzirt worden sind, ist wegen angeblicher Ver-

theiligung an einem vorläufig verbotenen Ver-
ein Anlage erhoben worden. Der Termin für
die Verhandlung ist auf den 28. April vor dem
Schöffengericht festgesetzt.

Die „Unmilitarität“ des „Vorwärts“. Durch
die Ueberschätzung eines unrichtigen Interests
selbst der Reaktoren des „Vorwärts“, Aris Kuntz,
selbst der Verbreitung eines unrichtigen Schrift-
stückes schuldig gemacht haben. Am 11. Nov.
v. J. war im Berliner Wohnungsanzeiger ein
Interessart veröffentlicht, wonach ein auswärts
wohnender Professor bei einem jungen Witte zu
vorderegebendem Aufenthalt ein mobilisiertes Zimmer
suchte. Der „Vorwärts“ wies in seinem lokalen
Theile auf die Unmilitarität dieser Anzeige hin,
indem nach Abdruck derselben die Bemerkung
hinzugefügt war: „Berücksichtigt man die Bemerkung
einmal als Nichter in einem Anzeigeprospekt
sehen.“ — Darauf wurde nicht nur gegen die
Reaktoren des „Berliner Wohnungsanzeigers“,
Hl. Rapp, sondern auch gegen den Reaktor
Kuntz vom „Vorwärts“ Anlage wegen Ver-
gehens gegen § 184 des St.-G.-B. erhoben.
Beide wurden derzeit aus dem Schöffengericht
für schuldig befunden und zu je 30 Mk. Geld-
strafe verurteilt. Gegen Dies Erkenntnis legte
der Staatsanwalt in Betreff der Angeklagten
Rapp Berufung ein, weil nicht gleichzeitig auf Ein-
ziehung und Vernichtung der traglichen Nummer
des „Wohnungsanzeigers“ erkannt worden war.
Der Angeklagte Kuntz foht seine Berufung ein,
weil er sie nicht für rechtsmäßig erachtet.
Im Termine fuhrnnt der Angeklagte und sein
Vertreiter, Rechtsanwalt Borsfeld, aus, das in der
Wiedergabe eines zweideutigen Interests
vorliegen könne, wenn es wie im vorliegenden
Falle nur gefehlt sei, um die Unmilitarität zu
festzustellen und zu heilen. Nach Entschreiben
des Reichsgerichtes müsse auch ein unrichtiger
Zweck vorliegen. Der Gerichtshof schloß sich
dieser Auffassung an, hob das Erkenntnis gegen
Kuntz auf, und fällte ein freisprechendes Urteil.
Nicht jede Wiedergabe eines unrichtigen Schrift-
stückes sei als Verstoß gegen den betreffenden
Paragrafen anzusehen, ebensowenig, wie die
Wiedergabe einer Beleidigung in jedem Falle
als eine neue Beleidigung aufgeföhrt werden
könne. Es seien in jedem Falle Zweck und
Wirkung in Berücksichtigung zu ziehen. In
Betreff der Angeklagten Rapp wurde nach
dem Antrage des Staatsanwaltes auf Einziehung
der begünstigten Nummer erkannt.

**Et. Verlästlich und Großmüthigkeit Adig
Stamm** hat dieser Tage seinen 60. Geburtstag
gefeiert. Der Vortzer der evangelischen Gemeinde
Reutchen hielt ihm eine Huldigungsrede. Er
erwiderte auf dieselbe, daß es ihm eine besondere
Genugthuung sei, als ein treuer Sohn seiner
Kirche nach wie vor geschätzt zu werden. Er
selbst betrage es am tiefsten, sich im Kampfe mit
evangelischen Geistlichen zu sehen, deren unheil-
vollen Lehren er aber mit aller Ent-
schiedenheit entgegengetreten müße, zumal diese
sich auf Kreise richteten, in denen man bis jetzt
fröhlicher und patriotischer denke. In seinem
Kampfe gegen diese kirchlich-soziale Richtung fühle
er sich aber gestützt durch die Gewißheit, daß
Seine Majestät der Kaiser die Notwendigkeit
des Vorgehens wohl anerkenne. Ohne demon-
strative Berufung auf den Kaiser thut König
Stamm nun einmal nicht. Der „Frankfurter
Volksbote“, das Organ der christlich-sozialen
Partei, bezeichnet diese Berufung als eine kolossale
Unverfrorenheit und bemerkt dazu: „Er führt
seinen Kampf so gut er es eben kann und
versteht. Wenn er sich über einen kirchlich-sozialen
Professor geizert hat, so fordert er ihn auf
Hüteln. Wenn ihm ein Sozialdemokrat unbe-
quem ist, so wirft er ihm Kränze an Königs-
tische vor. Wenn er ein Blatt nicht liebt, so

verbietet er es bei Strafe der Entlassung. Er
redet mit Uebertreibungen und entwirrt (Schaufen-
ster, die man eben nur bei ihm für möglich hält.
Er führt den Kampf mit denselben Mitteln, mit
denen er schon früher im Saargebiet, im Wofel-
landtag und sonst Kämpfe geführt hat, er macht
sich bei diesem Kampf gelegentlich lächerlich und
spielt eine etwas groteske Figur. Das Alles ist
sein gutes Recht. Wenn er nun aber seinen
Kampf mit der Majestät des Kaisers decken will,
dann hört doch Alles auf. Der Kaiser einwer-
fenden mit dem Vorgehen des Ritter Gollath
vom Halberj! — Die Sache ist ein deutscher Patriot
so etwas sagen!“ Das Blatt meint weiter, dieser
Ritter Gollath sei doch nicht Wühler, der des
Kaisers Politik zu vertreten habe; er sei ein
Privatmann, dem von Zeit zu Zeit gestattet sei,
sich in des Kaisers Nähe aufzuhalten. Das müße
er in einer Weise ausüben, die dem Hofmar-
schallamt die Frage nahe legen konnte, ob die
Einladungen Stamm's im Interesse des Kaisers
der Krone als erwünscht angesehen sind.“ Der
„Frankfurter Volksbote“ glaubt nicht, daß der
Kaiser von diesem Kampf „gegen eine unbedingt
faulerweise Richtung“ wünsche und erklärt die
begünstigte Auslassung als eine Erfindung Stamm's.
Wird nun der Herr Professor dem Reaktor des
„Frankf. Volksboten“ mit der Pistole oder mit
einer „Beleidigungs-Anlage zu Leibe gehen?

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 13. April. Militaria. Bei einer
Uebung des 31. Jäger-Bataillons am Plabrunn
bei Graz schoß ein Jäger auf den die Uebung
bezeichnenden Oberleutnant. Der Schuß traf
jedoch infolge eines Situationswechsels nicht den
Oberleutnant, sondern einen Soldaten. Dieser
sank schwer verundet — die Kugel war ihm
in's Rückgrat gedrungen — zu Boden. Der
Jäger gab nun noch einen Schuß auf den Ober-
leutnant ab, doch auch diese Kugel verfehlte
ihren Ziel. Der Thäter entfloh, wurde aber von
einer Patrouille eingeholt und verhaftet. Vor
den Hauptmann geführt, gab der unglückliche
Soldat an, daß er den Oberleutnant erschießen
wollte, weil dieser ihm seit längerem Schikane
trieb. Der Attentäter wurde dem Garnisongericht
eingeliefert. — Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“
bemerkte dazu: Die juristisch nicht die Qualitäten
und Chikanen gemein sein, die der Soldat zu
erhalten hatte, daß er trotz der eiernen Disziplin
und trotz der zu gewöhnlichen Todesstrafe sich
zu dem Attentat entschloß! Dennoch wird die
Militärbehörde nur mit dem Attentäter in's
Gericht geben, nicht auch mit dem Herrn Ober-
leutnant, der durch sein Chikanieren indirekt die
Veranlassung zu dem blutigen Verbrechen bot.

Wahrsch. 13. April. Die Untersuchung in
Sachen des Politicrats Glatz nimmt immer
größere Dimensionen an. In den letzten Tagen
sind über 50 Verhaftungen von Polizeibeamten
hatt. Auch die Stellung des Chefs der Staats-
polizei, des Ministerialrats Dr. Selzer, soll
ernstlich erschüttert sein.

Ein binetallischer Verstoß fand auch im
ungarischen Parlamente statt. Die Regierung
erklärte aber unter lebhaftem Beifall der Ma-
jorität, daß sie an der Aufhebung der Gold-
valuta gerichtlichsten Aktion festhalte und eine Unter-
suchung der binetallischen Bewegung für über-
flüssig halte.

Dänemark.

Kopenhagen. Kolonial-Entwicklungen sind die
dänischen Volksoverretter nicht. Die Regierung
hatte im Heltetage eine Vorlage über eine Ver-
änderung in der Verwaltung der westindischen
Inseln eingebracht und dieser Vorgesandten wurde
eine Ausföhre überwiefen. Derselbe hat nun
sein Gutachten veröffentlicht. In demselben wird
herorgehoben, daß es notwendig sei, etwas zu
thun, um die Bedürfnisse der Staatskasse zu ver-
mindern, und die Lage der Einwohner zu ver-
bessern, wenn dieselben auch, was das Beste sei,

Im Ciril.
Namen von Georges Renard.
Kontroversirte Uebersetzung von Marie Kunert
(61. Fortsetzung). — (Rochte. ver.)

„Ich habe nur einen, aber einen Grund:
ich liebe Marceline nicht.“
„Deinetheils ist nur erst, dann wirst Du sie
schon lieben. Und dann, wenn die Liebe nicht
kommt, nun, mein Gott, das hindert doch nicht,
eine gute Ehe zu führen! Ich werde Dich von
unsern Bekannten managen, dreißig, ja fünfzig
sehr ehrenwerthe Paare nennen, die weder vor
noch nach der Hochzeit das, was Du Liebe
nennt, gefannt haben.“
„Um so schlimmer für sie! Ich will aber
meine Frau lieben, wenn ich jemals heirathe.
Es scheint dies ein absonderlicher Geschmack zu
sein, aber ich habe ihn nun einmal.“
„Sieh.“ begann Frau Messant wieder und
machte wie ein General am Ende einer verlorenen
Schlacht noch einen verzweifelten An-
griff, mein liebes Renard, ich's es für mich.
Sei so gut, wie Du es immer gewesen bist.
Denke daran, daß ich all bin, daß ich unsere
Zukunft ein für allemal gesichert haben möchte,
daß ich so fern, bevor ich sterbe, noch Deine
Kinder auf dem Arm wegen möchte.“
Als wenn Renard, aber unerschütterlich den Kopf
schüttelnd, versuchte sie ein letztes Ueberredungs-
mittel.
„Kind, Du weißt nicht, was das heißt,
150000 Frks. zu gewinnen. Und Du denkst
nicht daran, daß Dubouhays sich zurückgezogen

fühlen, daß sie mühsend seien, daß sie sich rächen
werden!“
„Ich bedauere es. Aber ich habe mich Gott
sei dank zu nichts verpflichtet und habe das
Recht, mich zurückzuziehen.“
„Frau Messant machte am nächsten Tage
noch so viele Angriffe nach, sie wurden alle mit
bestellen Entschlossenheit zurückgeschlagen, und
ihr Sohn erklärte schließlich bereit, daß der
Handel preislos vortheilhaft sei, aber daß er
seine Freiheit nicht verkaufen wolle.“
„Frau Messant schmollte einige Tage, dann
bekannte sie sich endlich als besiegte und entschloß
sich, nicht ohne tiefe Seufzer, Frau Dubouhays
zu schreiben, daß sie für den Augenblick auf
ihren Plan verzichteten müßten. Ein närrischer
Einsatz René's wäre daran schuld, sagte sie.
Sie hoffte jedoch, ihren Sohn zu besseren Ge-
fühlen zu belehren. Sie bat die Kouine, ihr
inzwischen ihr unerschöpfbares Wohlwollen zu be-
wahren.“
Infolge dieses Bruches hatte René einige
Wochen Ruhe. So fühlte er sich wesentlich er-
leichtert. Er schrieb einen großen Artikel über
die Mittelschulen in Frankreich, der in einer
schätzungsreichen Revue angenommen wurde.
Er hatte auch die Freude, eine allgemeine
Kammerde von den Kammermännern zu sehen.
So sollte er seine Geföhren aus dem Ciril also
wiedersehen und unter ihnen alle und neue
Freunde finden. Dubouhays, die ihm helfen
würden, seine Ideen zu verteidigen.
Aber zu Beginn des Juni begannen unvor-
hergesehene Mißlichkeiten seine Freizeittät zu

trüben. Herr Bellicht, sein Direktor, der nun
nachdrücklich keine Gründe mehr hatte, ihn
rücksichtslos zu behandeln, ließ ihn mit einem
Male seine Autorsität föhlen. Einem Tages ließ
er ihn zu sich kommen, um ihn darauf auf-
merksam zu machen, daß die Strafkasse in den
Klassen, die ihm anvertraut waren, weiß ge-
schmer war. René erklärte, daß es ihm nicht
schwer würde, seine Schüler auch ohne Straf-
arbeiten und Nachtheilsstunden in Jucht zu
halten.
„Um so schlimmer, mein Herr.“ wurde ihm
geantwortet. „Die Kinder müssen gestraft werden,
damit der Respekt vor ihren Lehrern aufrecht
erhalten werde.“
„Aber“, rief René, „ohne Grund zu strafen
ist doch nicht gerecht!“
„Ah, mein Herr“, erwiderte Bellicht, in dem
Tone eines Mannes, der eine allgemeine gültige
Wahrheit ausspricht, „die Kinder an die Un-
gerechtigkeit gewöhnen ist die beste Lehre, die
wir ihnen das Leben mitgeben können.“
Einige Tage später mußte René von neuem
erscheinen. Diesmal hatte er ein Verbrechen an-
derer Art begangen. Er hatte seinen Schülern
eine Uebung von Viktor Hugo vorgelesen. Man
habe Viktor Hugo aber nicht auf dem Pro-
gramm für die Reifeprüfung. Es war also
Zeit vergeudet worden. René hatte nichts zu
erwidern. Man verpflichtete ihn aber, über diese
weite Miße nachzudenken.
Ein drittes Mal jedoch wurde er in das
Rabinat des Direktors gerufen. René's Artikel
war soeben erschienen. Er war nachgedruckt und

befprochen worden, kurz, er hatte Erfolg gehabt.
Der Freund Renard's, der wohlwollende Jour-
nalist, der seinen Roman besprochen hatte, hatte
die Unabängigkeit des Autors und die energische
Klarheit des Stils gelobt. Er hatte noch hinzu-
gefügt: „Wie schade, daß Herr Messant nicht
mehr prodigirt.“ Er ahnte nicht, daß der Autor
der Nachtrüge die Stunde absehen mußte,
um die wenigen Seiten schreiben zu können.
René war beinahe darauf geföhrt, von seinem
Direktor dafür beglückwünscht zu werden, daß er
dem „modernen Osmannium“ Ehre machte.
Er war aber schnell enttäuscht.
Herr Bellicht empfing ihn steif und mit stu-
dienten Ernst. Er glaubte, Herrn Messant daran
erinnern zu müssen, sagte er, daß er Lehrer und
nicht Reaktor einer Revue sei, daß es seine Zeit
wäre, sich dem Artikel zu widmen, und daß er
sich in seinem Artikel erlaubt, Kritiken über
die staatlichen Anhalten auszusprechen, die eben
auf das Osmannium, an dem er die Ehre hatte,
zu unterrichten, zurückzuführen. Ein solcher Stand
der Dinge könne nicht gelitten werden. Er
müßte mühen zwischen dem Verfaß als Schrift-
steller und den Unterrichtspflichten, mit denen
er betraut wäre.
(Fortsetzung folgt.)

